

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
1 Einleitung und Fragestellung	1
1.1 Einleitung	1
1.2 Fragestellung	2
1.3 Vorgehensweise	3
2 Bestandsaufnahme	5
2.1 Der Kapitalschutz in Deutschland	5
2.2 Das Kapitalschutzsystem im Rahmen des Gläubigerschutzsystems	7
2.3 Der Kapitalschutz im Rahmen der Reformdebatte	13
2.4 Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen	17
2.5 Übersicht und Einführung in das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	20
3 Die Ausschüttungssperre	23
3.1 Grundlagen	23
3.2 Die Abführungssperre als flankierende Regelung	29
3.3 Der Adressatenkreis der Ausschüttungssperre	36
3.4 Die Ausschüttungssperre als wirksames Korrektiv im Einzelfall	38
3.5 Rechtsfolgen	50
3.6 Exkurs: Die Zukunftsfähigkeit des Regelungsinstruments der „außerbilanziellen Ausschüttungssperre“	53

3.7	Zusammenfassende Würdigung.....	57
4	Modifizierungen unter Zurückdrängung des Vorsichtsprinzips.....	59
4.1	Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	60
4.2	Latente Steuern	95
4.3	Die Neuerungen im Rahmen der Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung.....	138
4.4	Die sonstigen Rückstellungen.....	170
4.5	Die Zeitwertbewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes	186
4.6	Zwischenergebnis	220
5	Die Streichung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten.....	223
5.1	Die Aktivierung eines derivativen Geschäfts- oder Firmenwertes ...	223
5.2	Der Wegfall von Abschreibungswahlrechten	237
5.3	Die Modifizierung des Herstellungskostenbegriffs	250
5.4	Zwischenergebnis	257
6	Der Nettoausweis des gezeichneten Kapitals.....	259
6.1	Nettoausweis und eigene Anteile.....	260
6.2	Der Nettoausweis und nicht eingeforderte Einlagen	284
6.3	Die Funktionszusammenhänge der Eigenkapitalbilanzierung und der Ausschüttungssperre nach § 268 VIII HGB	288
6.4	Die Bilanzierung von eigenen Anteilen nach IFRS.....	291
6.5	Die Behandlung eigener Anteile in der Steuerbilanz.....	295
6.6	Zusammenfassende Würdigung.....	296

7	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	301
7.1	Modifizierungen unter Zurückdrängung des Vorsichtsprinzips	301
7.2	Streichung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten	304
7.3	Nettoausweis des gezeichneten Kapitals	306
7.4	Ausblick und Fazit	307
	Literaturverzeichnis	309

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
1 Einleitung und Fragestellung	1
1.1 Einleitung	1
1.2 Fragestellung	2
1.3 Vorgehensweise	3
2 Bestandsaufnahme	5
2.1 Der Kapitalschutz in Deutschland	5
2.2 Das Kapitalschutzsystem im Rahmen des Gläubigerschutzsystems	7
2.2.1 Kapitalschutz im Recht der Aktiengesellschaft	7
2.2.2 Kapitalschutz im Recht der GmbH	8
2.2.3 Das Kapital im Aufsichtsrecht der Banken	9
2.2.4 Der Kapitalschutz im System der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	9
2.2.5 Der Gläubigerschutz durch das Insolvenzrecht	10
2.2.6 Die Wechselwirkungen des Steuerrechts mit den Prinzipien der Kapitalerhaltung	11
2.2.7 Die Rechnungslegung und der Zweckpluralismus	12
2.3 Der Kapitalschutz im Rahmen der Reformdebatte	13
2.3.1 Die Reformdebatte im historischen und internationalen Kontext	14
2.3.2 Die Reformdebatte in Deutschland	14
2.3.3 Die Erkenntnisse des Reformdiskurses	15

2.4	Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen	17
2.5	Übersicht und Einführung in das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	20
2.5.1	Zielsetzungen der Gesetzesnovelle	21
2.5.2	Neuausrichtung der Jahresabschlussfunktion und Methodenwahl	22
2.5.3	Erstanwendung	22
3	Die Ausschüttungssperre	23
3.1	Grundlagen	23
3.1.1	Die Ermittlung der ausschüttungsgesperrten Beträge	24
3.1.2	Vergleichbare Konzeptionen	25
3.1.3	Die Wirkungsweise der Ausschüttungssperre	26
3.2	Die Abführungssperre als flankierende Regelung	29
3.2.1	Die Verlustausgleichsverpflichtung nach § 302 I AktG	30
3.2.2	Die Berücksichtigung vorvertraglicher, freier Eigenkapitalpositionen	31
3.2.3	Die Anwendbarkeit auf die GmbH	35
3.3	Der Adressatenkreis der Ausschüttungssperre	36
3.3.1	Erweiterung des Adressatenkreises	36
3.3.2	Die systematische Inkompatibilität einer Adressatenkreiserweiterung	37
3.4	Die Ausschüttungssperre als wirksames Korrektiv im Einzelfall	38
3.4.1	Gesperrte Beträge aus der Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände i.S.v. § 248 II HGB	39
3.4.2	Die gesperrten Beträge aus der Aktivierung latenter Steuern i.S.v. § 274 HGB	40

3.4.2.1 Die Saldierungsfähigkeit von passiven und aktiven latenten Steuern.....	41
3.4.2.2 Die doppelte Berücksichtigung von passiven latenten Steuern.....	42
3.4.3 Die gesperrten Beträge aus der Zeitwertbewertung des Deckungsvermögens	45
3.4.3.1 Die Ermittlung des Sperrbetrags nach § 268 VIII 3 HGB vor latenten Steuern.....	45
3.4.3.2 Die Bewertungskorrelation im Rahmen der Zeitwert- bewertung von Vermögensgegenständen des Deckungsvermögens	46
3.4.4 Gesamtbetrachtung vs. Einzelbetrachtung.....	48
3.4.4.1 Die Gesamtbetrachtung.....	48
3.4.4.2 Die Einzelbetrachtung.....	49
3.4.4.3 Würdigung.....	49
3.5 Rechtsfolgen	50
3.5.1 Die Rechtsfolgen im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Gewinnausschüttung	50
3.5.2 Die Rechtsfolgen im Verhältnis zu anderen Thesaurierungs- vorschriften	51
3.5.3 Die Rechtsfolgen in Bezug auf gewinnabhängige Verpflichtungen der Gesellschaft	53
3.6 Exkurs: Die Zukunftsfähigkeit des Regelungsinstruments der „außerbilanziellen Ausschüttungssperre“	53
3.6.1 Außerbilanzielle Ausschüttungssperren am Beispiel Großbritanniens.....	54
3.6.2 Alternativen zur außerbilanziellen Ausschüttungssperre.....	56
3.7 Zusammenfassende Würdigung.....	57

4 Modifizierungen unter Zurückdrängung des Vorsichtsprinzips.....	59
4.1 Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	60
4.1.1 Zusammenfassender Überblick über die handelsrechtliche Bilanzierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände.....	61
4.1.1.1 Die Quantifizierung und Qualifizierung durch den Abschlussadressaten.....	62
4.1.1.2 Die Problemstellungen bei der Bilanzierung im Rahmen des Ansatzes	64
4.1.1.2.1 Die Qualifikation als Vermögensgegenstand	64
4.1.1.2.2 Die Eigenschaft als Vermögensgegenstand in der <i>ex ante</i> -Prognose	65
4.1.1.2.3 Die Notwendigkeit einer korrespondierenden Qualifikation des Schuldendeckungspotenzials	66
4.1.1.3 Problemstellungen bei der Bilanzierung im Rahmen der Bewertung	66
4.1.1.3.1 Das Abgrenzungserfordernis der Forschungs- und Entwicklungsphase	67
4.1.1.3.2 Die Gestaltungsspielräume des Bilanzerstellers	68
4.1.1.3.3 Das Gebot der Ansatzstetigkeit	69
4.1.1.4 Die Folgebewertung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen	70
4.1.1.5 Besonderheiten im Rahmen der Erstanwendung	71
4.1.1.6 Steuerliche Konsequenzen	73
4.1.2 Die Bilanzierung von <i>intangible assets</i> nach IFRS	73
4.1.2.1 Begriff und Abgrenzung	73
4.1.2.1.1 Die Aktivierungskriterien nach IAS/IFRS	74

4.1.2.1.2 Gestaltungsspielräume.....	76
4.1.2.2 Die Bewertung von <i>intangible assets</i>	77
4.1.2.2.1 Das Methodenwahlrecht	77
4.1.2.2.2 Das Neubewertungsmodell („ <i>revaluation model</i> “)	77
4.1.2.2.3 Die Folgebewertung in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsdauer	79
4.1.2.2.4 Die Besonderheiten bei der Ermittlung der Herstellungs-kosten.....	80
4.1.2.2.5 Die praktische Bedeutung der Bilanzierung von Entwicklungskosten.....	82
4.1.2.2.5.1 Das branchenspezifische Aktivierungspotenzial.....	82
4.1.2.2.5.2 Das bilanzpolitische Aktivierungspotenzial selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände.....	83
4.1.3 Exkurs: Die IFRS als Auslegungshilfe für handelsrechtliche GoB	84
4.1.3.1 Die vermeintliche Notwendigkeit einer Neuinterpretation der bestehenden GoB	85
4.1.3.2 Die punktuelle Annäherung an die IFRS	86
4.1.3.3 Die divergierenden Jahresabschlusszwecke	86
4.1.3.4 Die Dynamik der internationalen Rechnungslegung	88
4.1.3.5 Die Reichweite der BIAO-Entscheidung	88
4.1.3.6 Die IFRS als Erkenntnisquelle des Rechtsvergleichs	89
4.1.4 Zusammenfassende Würdigung	90
4.2 Latente Steuern	95
4.2.1 Die Grundlagen der Bilanzierung latenter Steuern nach dem BilMoG	95
4.2.1.1 Die Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs.....	97
4.2.1.1.1 Die Steuerabgrenzung nach dem <i>timing</i> -Konzept	97

4.2.1.1.2 Die Steuerabgrenzung nach dem <i>temporary</i> -Konzept.....	98
4.2.1.1.3 Die prognostische Qualifizierung des Steuerentlastungspotenzials.....	99
4.2.1.1.4 Die Ermittlung der Wahrscheinlichkeitsschwelle	100
4.2.1.2 Die Berücksichtigung von Verlustvorträgen.....	101
4.2.1.2.1 Die Betrachtungszeitfenster.....	102
4.2.1.2.1.1 Die Verkürzung des Betrachtungszeitfensters	103
4.2.1.2.1.2 Die Erweiterung des Betrachtungszeitfensters.....	104
4.2.1.2.2 Die Verlustabzugsbeschränkungen.....	106
4.2.2 Der Ansatz latenter Steuern	108
4.2.3 Die Bewertung latenter Steuern	111
4.2.4 Die Abgrenzung latenter Steuern im Organkreis.....	111
4.2.4.1 Die „formale Betrachtungsweise“	112
4.2.4.2 Die „wirtschaftliche Betrachtungsweise“	113
4.2.4.3 Die doppelte Berücksichtigung von passiven latenten Steuern.....	114
4.2.5 Die Aufgabe der umgekehrten Maßgeblichkeit.....	115
4.2.5.1 Grundlagen.....	115
4.2.5.2 Aktive latente Steuern indizierende Sachverhalte.....	117
4.2.5.3 Passive latente Steuern indizierende Sachverhalte	118
4.2.5.4 Konsequenzen für die Kapitalerhaltung.....	118
4.2.5.5 Die Auswirkungen auf die Maßgeblichkeit	120
4.2.5.5.1 Die Auswirkungen auf GoB-konforme Wahlrechte	121
4.2.5.5.2 Die Beschränkung des Anwendungsbereichs auf GoB- widrige Wahlrechte.....	122
4.2.5.5.3 Die Einheitsbilanz als Stütze der Kapitalerhaltung	124
4.2.5.5.4 Überblick über die steuerlichen Wahlrechte und ihre Kapitalschutzrelevanz.....	124

4.2.5.5.4.1 Teilwertabschreibung	125
4.2.5.5.4.2 Abschreibungen	125
4.2.5.5.4.3 Vorräte	126
4.2.5.5.4.4 Herstellungskostenobergrenze	126
4.2.6 Die Bilanzierung von <i>deferred tax assets/liabilities</i> nach IFRS	127
4.2.6.1 Die Abgrenzung von <i>deferred tax assets/liabilities</i> nach IAS 12	128
4.2.6.1.1 Das umfassende Ansatzgebot von <i>deferred tax assets/liabilities</i>	128
4.2.6.1.2 Die Beschränkung der Werthaltigkeitsprüfung auf den Bereich von <i>deferred tax assets</i>	129
4.2.6.2 Das Betrachtungszeitfenster i.S.d. IAS 12	130
4.2.6.3 Die Behandlung steuerlicher Verlustvorträge im Rahmen des IAS 12	131
4.2.6.4 Die Saldierungsanforderungen im Rahmen des IAS 12	132
4.2.6.5 Die Reform der Bilanzierung latenter Steuern nach ED/2009/2	133
4.2.6.5.1 Der <i>valuation allowance approach</i>	133
4.2.6.5.2 Die Steuerlatenzierung im Organkreis	134
4.2.6.5.3 Die Kategorisierung latenter Steuern in Abhängigkeit ihrer sog. Fristigkeit	134
4.2.6.5.4 Die zukünftigen Anforderungen an die Werthaltigkeit latenter Steuern	134
4.2.7 Zusammenfassende Würdigung	135
4.3 Die Neuerungen im Rahmen der Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung	138

4.3.1 Zusammenfassender Überblick über die handelsrechtliche Bilanzierung von betrieblichen Versorgungen	140
 4.3.1.1 Die systematische Unterbewertung von Pensionsverpflichtungen	140
 4.3.1.2 Die intendierte realistischere handelsrechtliche Bewertung von Pensionsverpflichtungen	141
 4.3.1.2.1 Die Wahl des Bewertungsverfahren	142
 4.3.1.2.2 Die Bewertung zum Erfüllungsbetrag	142
 4.3.1.3 Die Diskontierung von Pensionsrückstellungen	143
 4.3.1.3.1 Die realistischere Verpflichtungsbewertung durch die Anwendung eines niedrigeren Rechnungszinses.....	144
 4.3.1.3.2 Die fehlende Nachzeichnung der novellierten Bewertungsgrundsätze in der Steuerbilanz.....	145
 4.3.1.4 Die Besonderheiten im Rahmen der Erstanwendung.....	145
 4.3.1.4.1 Der Ermittlungszeitpunkt des Differenzbetrages	146
 4.3.1.4.2 Die fehlende flankierende Ausschüttungssperre	146
 4.3.1.5 Die Besonderheiten im Rahmen des Bewertungsverfahrens und der Rechengrundlagen.....	147
 4.3.1.6 Die Beibehaltung des Passivierungswahlrechts für Altzusagen und mittelbare Pensionsverpflichtungen	147
 4.3.1.7 Die Saldierung von Pensionsverpflichtungen und Rückdeckungsvermögen	149
 4.3.1.7.1 Die Bewertung des Deckungsvermögens	151
 4.3.1.7.1.1 Die „Vermögensgegenstände unter dem Zugriffsentzug der Gläubiger“.....	151
 4.3.1.7.1.2 Das Kriterium der „Zweckexklusivität“	151
 4.3.1.7.1.3 Die CTA-Deckungsmassen	152
 4.3.1.7.1.4 Die Bewertung mit dem beizulegendem Zeitwert	153

4.3.1.7.2 Die Bezugsgröße der Ausschüttungs- und Abführungssperre	155
4.3.1.7.2.1 Der auszuweisende Aktivüberhang als Bezugsgrundlage.....	155
4.3.1.7.2.2 Die Berücksichtigung kompensierender Negativbeträge aus der Zeitwertbewertung.....	156
4.3.1.7.2.3 Die Ausschüttungs- und Abführungssperre im Fall der korrespondierenden Zeitwertbewertung.....	157
4.3.1.7.2.4 Die analoge Anwendung des § 268 VIII 3 HGB im Rahmen der Passivierung von Unterdeckungen für mittelbare Versorgungszusagen	158
4.3.1.8 Die Bilanzierung von Pensionszusagen nach IFRS	159
4.3.1.8.1 Die Klassifikation von Pensionszusagen	159
4.3.1.8.1.1 <i>Defined contribution plans</i>.....	160
4.3.1.8.1.2 <i>Defined benefit plans</i>	160
4.3.1.8.1.3 Die systematische Inkongruenz der Klassifizierungs-methodiken.....	161
4.3.1.8.2 Die Bewertung des Pensionsaufwands	162
4.3.1.8.3 Die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste.....	163
4.3.1.8.4 Die Reformierung des IAS 19	166
4.3.1.9 Zusammenfassende Würdigung	168
4.4 Die sonstigen Rückstellungen.....	170
4.4.1 Die Abschaffung von Passivierungswahlrechten.....	170
4.4.2 Die Abzinsungspflicht von Rückstellungen.....	172
4.4.3 Die Besonderheiten im Rahmen der Erstanwendung	175
4.4.4 Die Bilanzierung von Rückstellungen nach IFRS	175
4.4.4.1 Die Rückstellungsqualifikation nach IAS 37	176

4.4.4.2 Der Ansatz von Rückstellungen nach IFRS	177
4.4.4.2.1 Das Wahrscheinlichkeitskriterium eines künftigen Nutzenabflusses	177
4.4.4.2.2 Die Periodisierungsinstrumente nach IAS 16.....	178
4.4.4.3 Die Bewertungsgrundsätze.....	179
4.4.4.3.1 Die Ermittlung des bestmöglichen Schätzwertes	180
4.4.4.3.2 Die Abzinsungspflicht	180
4.4.4.4 Das Vorbildpotenzial der Rückstellungskonzeption nach IAS 37 für das Handelsrecht	182
4.4.5 Zusammenfassende Würdigung.....	184
 4.5 Die Zeitwertbewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes	186
4.5.1 Der Anwendungsbereich der Zeitwertbilanzierung	187
4.5.1.1 Der Begriff des Finanzinstruments	188
4.5.1.2 Die Zuordnung zum Handelsbestand	189
4.5.2 Die Bewertung von Finanzinstrumenten	190
4.5.2.1 Die Ermittlung des <i>fair value</i> im Rahmen der Zugangsbewertung	190
4.5.2.2 Der <i>fair value</i> im Rahmen der Folgebewertung von Finanzinstrumenten.....	191
4.5.2.3 Die Kompatibilität der <i>fair value</i> -Bewertung mit den bestehenden handelsrechtlichen GoB	192
4.5.2.4 Die Bewertungseinheiten	195
4.5.2.5 Der Risikoabschlag	196
4.5.2.6 Der Sonderposten nach § 340e IV HGB	198
4.5.2.6.1 Die Auflösungstatbestände i.S.d. § 340e IV 2 HGB	199

4.5.2.6.2 Die Durchschnittsermittlung nach § § 340e IV 2	
Nr. 2 HGB	199
4.5.2.7 Ausschüttungssperre vs. pauschaler Risikoabschlag und Rücklage.....	201
4.5.3 Die Bilanzierung von <i>financial assets</i> nach IFRS	202
4.5.3.1 Grundlagen.....	202
4.5.3.2 Der Ansatz von <i>financial assets</i> nach IAS 39	203
4.5.3.3 Die Bewertung von <i>financial assets</i> nach IAS 39.....	203
4.5.3.3.1 Klassifizierungen	204
4.5.3.3.2 Reklassifizierungen	205
4.5.3.4 Anstehende Reformvorhaben im Rahmen der Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9	208
4.5.3.4.1 Die Neustrukturierung der Klassifizierungskriterien nach IFRS 9	208
4.5.3.4.2 Die Zugangsbewertung nach IFRS 9	209
4.5.3.4.3 Die Folgebewertung nach IFRS 9	209
4.5.4 Exkurs: Die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III.....	210
4.5.4.1 Das Aufsichtsrecht der Banken unter Basel I und II.....	212
4.5.4.2 Die modifizierten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III ..	212
4.5.4.2.1 Die erhöhten Qualitätsanforderungen an das tier 1-Kapital ..	213
4.5.4.2.2 Die erhöhten quantitativen Anforderungen an das „harte“ Kernkapital und die Kapitalerhaltungspuffer	214
4.5.4.2.3 Die Sanktionen	214
4.5.4.3 Die Interdependenzen zwischen den Vorgaben nach Basel III und BilMoG.....	215
4.5.4.4 Die Konsequenzen für die Kapitalerhaltung der Banken.....	215
4.5.5 Zusammenfassende Würdigung.....	217

4.6	Zwischenergebnis	220
5	Die Streichung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten.....	223
5.1	Die Aktivierung eines derivativen Geschäfts- oder Firmenwertes ...	223
5.1.1	Die Grundlagen der Bilanzierung des Geschäfts- und Firmen- wertes nach dem BilMoG	224
5.1.1.1	Die bilanzrechtliche Qualität des GoF	225
5.1.1.2	Die Aktivierungspflicht des GoF	225
5.1.1.3	Die Folgebewertung	226
5.1.1.3.1	Restriktionen im Rahmen der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer	226
5.1.1.3.2	Die außerplanmäßige Abwertungen des GoF	227
5.1.2	Die Legitimation der Ausschüttungsfähigkeit	228
5.1.2.1	Die fehlenden Qualifizierungsmöglichkeiten der Werthaltigkeit eines GoF	229
5.1.2.2	Die Notwendigkeit einer flankierenden Ausschüttungssperre..	230
5.1.3	Die Bilanzierung des <i>goodwill</i> nach IFRS	231
5.1.3.1	Die Qualifikation und Zugangsbewertung des <i>goodwill</i>	231
5.1.3.2	Die Folgebewertung des <i>goodwill</i>	232
5.1.3.2.1	Die <i>goodwill</i> -Allokation auf <i>cash generating units</i>	233
5.1.3.2.2	Die fehlende „Entscheidungsnützlichkeit“ von planmäßigen Abschreibungen	234
5.1.4	Zusammenfassende Würdigung.....	236
5.2	Der Wegfall von Abschreibungswahlrechten	237
5.2.1	Abschreibungen bei vorübergehender Wertminderung im Anlagevermögen	238
5.2.1.1	Die steuerrechtlichen Abzugsbeschränkungen für Wertminderungen.....	239

5.2.1.2 Die Abgrenzungsnotwendigkeit der voraussichtlich dauernden von der vorübergehenden Wertminderung	240
5.2.1.3 Die beschränkten Rechtsfolgen für die Kapitalbindung	240
5.2.2 Abschreibungen auf den nahen Zukunftswert im Umlaufvermögen	241
5.2.3 Abschreibungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.....	242
5.2.4 Abschreibungen aufgrund steuerlicher Vorschriften	242
5.2.5 Wertaufholungen.....	243
5.2.6 Die Besonderheiten im Rahmen der Erstanwendung	243
5.2.7 Die Folgebewertung nach IFRS.....	244
5.2.7.1 Die Folgebewertung nach dem <i>cost model</i>	245
5.2.7.1.1 Die Berücksichtigung von Wertminderungen	246
5.2.7.1.2 Die Zeitwertermittlung	246
5.2.7.1.3 Die strukturellen Unterschiede zur Folgebewertung des Handelsrecht	247
5.2.7.2 Die Folgebewertung nach dem <i>revaluation model</i>	248
5.2.8 Zusammenfassende Würdigung.....	249
5.3 Die Modifizierung des Herstellungskostenbegriffs	250
5.3.1 Die Herstellungskostenermittlung nach dem BilMoG.....	251
5.3.1.1 Die Zurechnung von variablen Gemeinkosten.....	251
5.3.1.2 Die Verlagerung von Ermessensspielräumen und die Erhöhung der Herstellungskostenuntergrenze	251
5.3.2 Die Herstellungskostenermittlung nach IFRS	253
5.3.2.1 Der Herstellungskostenbegriff	253
5.3.2.2 Das Kriterium der Produktionsbezogenheit	253
5.3.2.3 Der gemeinsame Vollkostenansatz nach IFRS und HGB.....	254
5.3.3 Zusammenfassende Würdigung.....	255

5.4	Zwischenergebnis	257
6	Der Nettoausweis des gezeichneten Kapitals.....	259
6.1	Nettoausweis und eigene Anteile.....	260
6.1.1	Der Nettoausweis eigener Aktien	263
6.1.1.1	Der Erwerb eigener Aktien zum Nennbetrag bzw. rechnerischem Wert	264
6.1.1.2	Der Erwerb eigener Aktien über den Nennbetrag bzw. rechnerischen Wert.....	265
6.1.1.2.1	Die Kapitalerhaltung durch die Vorgaben des Aktiengesetzes	267
6.1.1.2.2	Die Behandlung „eingefrorener Aktien“ und mögliche Lösungsansätze.....	268
6.1.1.2.2.1	Das temporäre „Deckungsleck“	269
6.1.1.2.2.2	Die Vorverlagerung der Dotierungspflicht	270
6.1.1.2.2.3	Die Rücklagendotierung und Ausschüttungssperre als mögliche Lösungsansätze	272
6.1.1.3	Die Besonderheiten beim Erwerb eigener Aktien <i>unter pari</i>	274
6.1.1.3.1	Die Behandlung des negativen Unterschiedsbetrages beim Erwerb <i>unter pari</i>	274
6.1.1.3.2	Die Rücklagendotierung analog § 237 V AktG als geeignetes Korrektiv	275
6.1.1.4	Die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen	276
6.1.1.4.1	Die kapitalerhaltende Rücklagenberechtigung nach § 272 IV HGB.....	277
6.1.1.4.2	Die Kapitalschutzvorgaben des § 71d S. 2 AktG i.V.m. § 71 II 2 AktG.....	277

6.1.1.4.3 Die verstärkte Kapitalbindung auf Ebene des abhängigen Unternehmens	279
6.1.2 Der Nettoausweis eigener GmbH-Anteile	280
6.1.2.1 Die Kapitalbindung nach § 30 I GmbHG	281
6.1.2.2 Der wechselseitige Beteiligungserwerb im GmbH-Recht	282
6.2 Der Nettoausweis und nicht eingeforderte Einlagen	284
6.2.1 Das Ausweiswahlrecht im überholten Handelsrecht	284
6.2.2 Die fehlende Abwertungsmöglichkeit nicht vollwertiger ausstehender Einlagen im Aktienrecht	284
6.2.3 Die Behandlung nicht vollwertiger ausstehender Einlagen im GmbH-Recht	287
6.3 Die Funktionszusammenhänge der Eigenkapitalbilanzierung und der Ausschüttungssperre nach § 268 VIII HGB	288
6.3.1 Die kongruenten Deckungsmassen von Ausschüttungssperre und Rücklage	289
6.3.2 Die Auswirkungen der Ausschüttungssperre auf das Kompetenzgefüge der Aktiengesellschaft	290
6.4 Die Bilanzierung von eigenen Anteilen nach IFRS	291
6.4.1 Die bilanzielle Behandlung des Erwerbsvorgangs eigener Anteile nach IFRS	291
6.4.2 Die verbleibenden Unterschiede zwischen den Rechnungslegungssystemen	293
6.5 Die Behandlung eigener Anteile in der Steuerbilanz	295
6.6 Zusammenfassende Würdigung	296
7 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	301
7.1 Modifizierungen unter Zurückdrängung des Vorsichtsprinzips	301
7.1.1 Latente Steuern	301

7.1.2 Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	302
7.1.3 Die Novellierungen im Rahmen der Bilanzierung von betrieblichen Altersversorgungen	302
7.1.4 Die sonstigen Rückstellungen.....	303
7.1.5 Die Zeitwertbewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes	303
7.1.6 Das Verhältnis des Handelsrecht zu den IFRS	304
7.2 Streichung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten	304
7.2.1 Die Aktivierung eines derivativen Geschäfts- und Firmenwertes	305
7.2.2 Der Wegfall von Abschreibungswahlrechten	305
7.2.3 Die Modifizierung des Herstellungskostenbegriffs	306
7.2.4 Keine Neuinterpretation der bestehenden GoB	306
7.3 Nettoausweis des gezeichneten Kapitals	306
7.4 Ausblick und Fazit	307
Literaturverzeichnis	309